

Alexander Pollak

Opferstaat und Tätergesellschaft

Das Jubiläumsjahr als Schaubild des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in Österreich

Die Grundthese, die ich meinem heutigen Vortrag voranstellen möchte, lautet: In Österreich existiert so etwas wie ein Erinnerungs- und Reflexionsvakuum in bezug auf die NS-Vergangenheit – ein Vakuum, das weite Teile der österreichischen Bevölkerung, aber auch der Politik betrifft. Ein Vakuum, das sowohl die Auseinandersetzung mit den Inhalten als auch mit den Symbolen der NS-Zeit, insbesondere im Kontext der NS-Verbrechen, umfasst.

Basierend auf dieser Grundthese gliedert sich mein Vortrag in zwei Teile:

- Im ersten Teil möchte ich ein wenig die historischen Hintergründe dieses Erinnerungs- und Reflexionsvakuums beleuchten. Meine fast vierjährige Recherche in österreichischen Zeitungsarchiven zum öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit erlauben mir hier die historischen Entwicklungslinien und Bruchstellen nachzuzeichnen.
- Der zweite Teil meines Referats wird sich dann mit der Gegenwart des Erinnerns in der Form des Gedenk- und Jubiläumjahres 2005 beschäftigen und wir wollen uns anschauen, ob die Gestalter des Gedenkjahres Gefangene des österreichischen Erinnerungsvakuums sind oder ob ihnen nicht doch ein Ausbruch aus diesem Vakuum gelungen ist.

Es gibt ein Zitat eines KZ-Überlebenden, das für mich wie kaum ein anderes den Umgang mit der NS-Vergangenheit in Österreich auf den Punkt bringt. Das Zitat stammt von Hermann Langbein und wurde in dem von Anton Pelinka und Erika Weinzierl herausgegebenen Buch „Das große Tabu“ veröffentlicht. In diesem Zitat nimmt Langbein zum Geschworenenprozess gegen die Erbauer der Krematorien und Gaskammern von Auschwitz im Jahr 1972 in Wien Stellung. In dem Prozess war es wie in vielen anderen Geschworenenprozessen wegen NS-Verbrechen auch, zu Freisprüchen gekommen:

„Manche zogen aus dem Fehlurteil den Schluß, daß Geschworenengerichtsbarkeit eben doch nicht am Platz sei. Ich meine, daß der Spruch der Geschworenen besser als Mahnung hätte aufgefaßt werden müssen, einer Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit nicht weiter

auszuweichen. Die Geschworenen sprachen mit der Stimme eines Volkes, das nicht zum Nachdenken veranlaßt worden war.“

Der Befund, den Hermann Langbein im Zusammenhang mit der Welle von Freisprüchen trifft, ist eindeutig: *die* Österreicher waren und sind nicht zum Nachdenken über ihre NS-Vergangenheit veranlasst worden und statt dessen einer Auseinandersetzung mit dieser Zeit stetig ausgewichen.

Langbeins Feststellung soll uns als Ausgangspunkt für den Versuch dienen, die Konturen der öffentlichen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit in Österreich nachzuzeichnen und dabei der Frage nachzugehen, inwieweit für Österreich von einer spezifischen Kultur des Umgangs mit der NS-Vergangenheit gesprochen werden kann.

Vorweg scheint es mir sinnvoll, in groben Zügen jene Zugangsweisen, Interessenlagen und Spannungsfelder zu skizzieren, die den Vergangenheitsdiskurs zum Nationalsozialismus in Österreich nach 1945 prägten.

Der wesentlichste Nachkriegsmythos ist unzweifelhaft der österreichische Opfermythos, die Erzählung von Österreich und *den* Österreichern als ersten Opfern Nazideutschlands. Der Opfermythos bildete einen Wahrnehmungsrahmen für die Jahre 1938 bis 1945, der, wie wir wissen, kein kritisches Hinterfragen der Rolle Österreichs als Teil des Dritten Reiches zuließ.

Dem von politischer Seite forcierten Opfermythos stand jedoch das Bedürfnis eines Großteils der Kriegsgeneration nach einer „authentischeren“ Erinnerung gegenüber. Einer selektiven Erinnerung, die ihnen den Status als Kriegsoffer und nicht als NS-Opfer zuschrieb. Der überwiegende Teil der österreichischen Kriegsgeneration fühlte sich nämlich, wie etwa eine in den achtziger Jahren durchgeführte Fragebogenerhebung unter Wehrmachtssoldaten zeigte, keineswegs als Opfer NS-Deutschlands, sondern hatte sich während des Krieges als integraler Bestandteil des Deutschen Reiches verstanden. Damit das selektive Erinnerungsbedürfnis der Kriegsgeneration befriedigt und den Ansprüchen einer positiven Selbstdarstellung gerecht werden konnte, bedurfte es der systematischen Ausblendung der eigenen Beteiligung an den NS-Verbrechen,

was wiederum mit der Konstruktion mythologischer Kriegsoffererzählungen, wie etwa jener des „Opfergangs der 6. Armee“ bei Stalingrad, verbunden war.

Es lässt sich unschwer erkennen, dass das Erinnerungsbedürfnis der Kriegsgeneration nicht ohne weiteres mit den von der Politik betriebenen Opfer- und Widerstandserzählungen vereinbar war. Doch obwohl diese Widersprüche offensichtlich waren, fand hierüber, wie wir wissen, bis in die 1970er Jahre hinein keine kritische Reflexion statt.

Es dauerte sehr lange, bis in Österreich jene Stimmen an Gewicht gewannen, die eine kritische Aufklärung und Aufarbeitung der NS-Vergangenheit verlangten. Erst mit diesen kritischen Stimmen wurde ein weiteres gesellschaftliches Spannungsfeld eröffnet, das sowohl die Mythen der politischen Elite als auch die selektiven Erinnerungen der Kriegsgeneration in Frage stellte.

Wenn wir nun unseren Blick auf die unmittelbare Nachkriegszeit zurückrichten, so können wir feststellen, dass mit dem Kriegsende und dem von den Alliierten durchgesetzten Systemwechsel zahlreiche vergangenheitspolitische Probleme im Raum standen:

- Es galt mit der Rolle Österreichs als Teil des Deutschen Reiches umzugehen und damit auch mit der Frage von Schuld und Verantwortung für die NS-Verbrechen
- Es galt auch einen Umgang mit den personellen Kontinuitäten zur NS-Zeit zu finden und die Frage der Integration oder Exklusion der ehemals aktiven Nationalsozialisten zu klären

Weitere Problemfelder waren:

- die Integration der Kriegsrückkehrer
- die Entschädigungs- und Wiedergutmachungsfrage
- das diffizile Thema der österreichischen Nation
- der Umgang mit den überlebenden Opfern des NS-Rassismus
- und der vielfach weiterbestehende Antisemitismus.

Alle diese Fragen wurden in den Jahren nach 1945 in irgendeiner Form öffentlich behandelt, aber nur wenige führten zu nachhaltigen Diskussionen und Kontroversen. Die meisten dieser potentiellen Auseinandersetzungsfelder fielen den politischen und gesellschaftlichen Tabuisierungsmechanismen zum Opfer. Nur in den ersten beiden Jahren nach Kriegsende wurde nicht nur eine

vergleichsweise rigide Entnazifizierungsgesetzgebung erlassen und umgesetzt, sondern es war auch ein von alliierter Seite gestützter, kritischer Grundton in den Medienberichten und politischen Stellungnahmen zur NS-Zeit, begleitet durch Re-education-Maßnahmen, etwa in der Form von Filmvorführungen über die Konzentrationslager, erkennbar.

Doch schon ab 1946, mit dem aufkommenden „Kalten Krieg“ verstummte dieser kritische Grundton. Gleichzeitig läuteten auch die 1947 anlaufenden Staatsvertragsverhandlungen jene Nachkriegsphase ein, in der das Konsensbestreben in der österreichischen Öffentlichkeit am größten war.

Im „Sinne Österreichs“ zu agieren bedeutete nicht nur eine Festschreibung der Opfererzählung, sondern auch, dass der siegreiche Einmarsch der Alliierten im Jahr 1945 nicht mehr ausschließlich als Befreiungsdatum, sondern als Beginn einer illegitimen Besatzung anzusehen war. Darüber hinaus galt es, die Österreicher als „hochstehendes Kulturvolk“ zu präsentieren und mit diesem Österreichbild das Selbstständigkeitsbestreben Österreichs zu legitimieren und sämtliche Wiedergutmachungsforderungen der NS-Opfer pauschal zurückzuweisen.

Innenpolitisch wurde mit Hinblick auf die Wahlen im Jahr 1949 die rechtliche Integration der ehemaligen Nationalsozialisten vorangetrieben und zugleich jegliche personelle und ideologische Kontinuität zur Zeit vor 1945 und das Weiterbestehen von Antisemitismus verleugnet.

Mit dem österreichischen Staatsvertrag im Jahr 1955 büßte der Opfermythos viel von seiner Funktionalität ein. Stattdessen etablierte sich in den 1950er Jahren die Erzählung vom „Opfergang der 6. Armee in Stalingrad“ als jenes Narrativ, das eine Identitätsbeziehung zu einem großen Teil der Kriegsgeneration herstellen sollte und konnte. Nicht der NS-Massenmord, sondern „Stalingrad“ wurde in bezug auf den Zweiten Weltkrieg zum zentralen Erinnerungsereignis der Nachkriegsjahrzehnte in Österreich.

Nur einmal gab es eine kurze Phase, in der die dominanten Erzählungen der Soldaten über ihre Kriegserinnerungen, die den Kontext des Vernichtungskriegs ausblendeten, durchbrochen wurden. Nämlich als im Zuge des Prozesses gegen den Organisator der Deportation von Millionen Juden in die Vernichtungslager, Adolf Eichmann, im Jahr 1961 die Berichte jüdischer Zeuginnen und Zeugen auf breite Medienresonanz trafen.

Im Verlauf der 1960er Jahre zeichneten sich auch die ersten Ansätze einer beginnenden Dekonsensualisierung im Umgang mit der NS-Vergangenheit ab. Erstmals wurde öffentlich darüber diskutiert, dass 1945 keineswegs ein alles umfassender Bruch mit dem Nationalsozialismus stattgefunden hatte. Die erheblichen personellen Kontinuitäten zur NS-Zeit sorgten immer öfter für öffentliche Kritik.

Zu einem Kristallisationspunkt dieser Kritik avancierte der Fall des Geschichtsprofessors Taras Borodajkewicz, dem von studentischer Seite und Teilen der Medien antisemitische und deutschnationale Äußerungen vorgeworfen wurden. Die Affäre rund um den Universitätsprofessor war jedoch nur ein Thema in einer Reihe vergangenheitspolitischer Auseinandersetzungen ab Mitte der 1960er Jahre. So lösten im März 1965 belastende Materialien über einige Richter und Generalanwälte der Obersten Gerichtshöfe in Österreich, die während der NS-Zeit als Juristen an der Verfolgung österreichischer Widerstandskämpfer beteiligt gewesen waren, eine breite Diskussion aus.. Bemerkenswert ist hierbei die mehrjährige Verzögerung der österreichischen Diskussion gegenüber der Debatte in Deutschland.

Darüber hinaus wurde auch über die im Eingangszitat von Hermann Langbein erwähnten Geschworenenprozesse gegen NS-Verbrecher diskutiert. Ein Kriegsverbrecher nach dem anderen wurde von österreichischen Geschworenengerichten freigesprochen bzw. nur in jenen Punkten für schuldig befunden, die bereits verjährt waren. Die kritische Öffentlichkeit war jedoch noch immer alles andere als eine dominante Erscheinung. So wetterte etwa das Massenblatt *Neue Kronenzeitung* gegen das, was sie als „Rachejustiz“ bezeichnete.

Der Regierungswechsel im Jahr 1970 unter Kreisky und die erstmalige machtpolitische Einbindung der FPÖ waren Ausgangspunkt für weitere vergangenheitspolitische Debatten. Kreisky hatte einige ehemalige SS- und NSDAP-Mitglieder in die neue österreichische Regierung geholt, was von Simon Wiesenthal aufgedeckt und kritisiert wurde. Bemerkenswerterweise attackierten die Medien weniger Kreisky und seine Kabinettpolitik, als vielmehr Wiesenthal. Zahlreiche Medien sprachen von der „Affäre Wiesenthal“.

Eine signifikante Rolle nahm die vergangenheitskritische Gegenöffentlichkeit in Österreich erst Mitte der 1980er Jahre ein, als der damalige österreichische Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) im Januar 1985 den aus italienischer Haft entlassenen österreichischen Kriegsverbrecher Walter Reder am Grazer Flughafen persönlich per Handschlag in Empfang nahm. Politisch versuchte vor allem die ÖVP, die wie alle anderen im Parlament vertretenen Parteien die vorzeitige Entlassung Reders begrüßt hatte, den Handschlag zwischen Frischenschlager und Reder dazu zu benutzen, um die Koalition zwischen SPÖ und FPÖ zu Fall zu bringen. Was die Affäre rund um Reder so bemerkenswert macht, ist die Tatsache, dass sie weit mehr auslöste, als eine Diskussion rund um den Umgang mit einem ehemaligen Kriegsverbrecher. In Teilen der Medien verselbständigte sich die Debatte und erstmals entbrannte eine umfassende öffentliche Auseinandersetzung über die Mitverantwortung vieler Österreicher und Österreicherinnen an den NS-Verbrechen.

Mit Beginn des Jahres 1986 intensivierten sich die öffentlichen Debatten weiter. Zuerst wurde über Gedenktafeln für den in Jugoslawien als Kriegsverbrecher hingerichteten Wehrmacht-Luftwaffengeneral Alexander Löhr diskutiert. Löhr, der auf den Gedenktafeln als Gründer der österreichischen Luftwaffe geehrt wurde, war der Verantwortliche für den Luftkrieg gegen Jugoslawien und die Zerstörung Belgrads. Die von ihm befehligte Balkan-Heeresgruppe war maßgeblich an Massakern gegen die Zivilbevölkerung beteiligt. Die Skandalisierung der Gedenktafeln führte schließlich zu dem Erfolg, dass der zuständige SPÖ-Bautenminister die Tafeln abmontieren ließ.

Im März 1986 kam es schließlich zu den ersten Enthüllungen über die Kriegsvergangenheit des damaligen Bundespräsidentenskandidaten und späteren Präsidenten Kurt Waldheim. Im Rahmen der Waldheim-Debatte standen vor allem drei Themen im Mittelpunkt: 1. der Balkaneinsatz der Wehrmacht, 2. die Frage der „Pflichterfüllung“ und 3. der nunmehr immer öfter als „Lebenslüge“ titulierte österreichische Opfermythos.

Insbesondere bei der Frage der „Pflichterfüllung“ wurde die Widersprüchlichkeit zwischen, auf der einen Seite, der Aussage Waldheims, er habe in den Reihen der Wehrmacht nur seine Pflicht erfüllt, und, auf der anderen Seite, der Staatsdoktrin von Österreich als Opfer Nazideutschlands evident. Auf medialer Ebene wurde

damit das langsame Ende des Opfermythos als dominante österreichische Rahmenerzählung eingeläutet.

Auf politischer Ebene blieb hingegen die Opferthese weiterhin ein attraktiver Bezugspunkt. Es gab hier keine lineare Entwicklung weg von der Opferthese, sondern ein ständiges Vor und Zurück. So bediente sich der damalige SPÖ-Innenminister Karl Schlögl im Jahre 1998 aus Anlass des 60. Jahrestages des „Anschlusses“ ebenso der Opfererzählung, wie es der heutige ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Jahr 2000 in einem Interview mit einer israelischen Zeitung tat und aus Anlass des Jubiläumsjahrs wieder tut.

„Die Wahrheit“, so Schüssel im vom Bundeskanzleramt herausgegeben Lesebuch zum Jubiläumsjahr 2005, „die Wahrheit ist, dass der Durchschnittsösterreicher die Katastrophenjahre in eine fremde Uniform gezwängt und in blutige Schlachten kommandiert überlebte“. „Und auf die Überlebenden“, so der Kanzler weiter, „wartete demütigende Gefangenschaft und niederdrückende Not.“ Eindrücklicher konnte auch die Politikergeneration der unmittelbaren Nachkriegszeit den Opfermythos nicht konstruieren.

Wenn wir uns die Akteursebene noch ein wenig genauer anschauen, dann fällt auf, dass die öffentlichen vergangenheitspolitischen Debatten ab den 1980er Jahren ganz wesentlich von jenen Zeithistorikern mitgestaltet wurden, die sich bereits ab Ende der 1960er in wissenschaftlichen Publikationen kritisch zum Umgang mit der NS-Zeit und zum Antisemitismus geäußert hatten. Österreichische Zeithistoriker, wie etwa Erika Weinzierl, Gerhard Botz oder Gustav Spann, avancierten zu Vertretern einer kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, später dann auch Politologen wie Anton Pelinka oder Walter Manoschek und Sprachwissenschaftler wie Ruth Wodak und Helmut Gruber.

Auch wenn die Kontroversen rund um das Thema „Vergangenheitsbewältigung“ Ende der 1980er Jahre ihren Höhepunkt überschritten hatten, so blieb seit diesem Zeitpunkt die NS-Zeit und der Umgang mit ihr als kontroverses Themen präsent - was etwa im Jahr 1995 mit der Wehrmachtsausstellung wieder evident wurde, als erstmals nicht die Mythen der Politik, sondern die Erinnerungsmythen der Kriegsgeneration im Debattenmittelpunkt standen.

Wenn wir noch einmal auf das Eingangszitat von Hermann Langbein zurückkommen, so spiegelt sein Zitat vom „Volk, das nicht zum Nachdenken veranlasst worden war“ jenen Eindruck wieder, der sich einem bei der rückschauenden kritischen Betrachtung der Nachkriegsjahrzehnte fast zwangsläufig aufdrängt. Dass nämlich der vergangenheitspolitische Diskurs in Österreich über Jahrzehnte von einem Mangel an Selbstreflexion geprägt war und heute teilweise geprägt ist.

Auch wenn der Opfermythos nicht mit den Erfahrungen eines Großteils der Kriegsgeneration korrespondierte, konnte er doch eine beachtliche Wirkung als eine Art Vergangenheitsfilter entfalten, der Auseinandersetzungen über die Verantwortung für die NS-Verbrechen über lange Zeit gar nicht erst aufkommen ließ. Im Unterschied zu Deutschland blieben daher auch antisemitische oder NS-verherrlichende Politikeraussagen in Österreich oftmals ungeahndet.

Es war eine vergleichsweise kleine Zahl kritischer Journalisten und Zeithistoriker, die in den vergangenen drei Jahrzehnten eine, wenn auch beschränkte, zeithistorische Streitkultur in Österreich etabliert haben. Zu beachten ist hierbei die zeitliche Verzögerung von Jahren und teilweise Jahrzehnten zwischen, auf der einen Seite, der zeithistorischen Aufarbeitung der NS-Zeit und, auf der anderen Seite, dem öffentlichen Aufgreifen der durch die historische Forschung gewonnenen Erkenntnisse.

Es zeigt sich hier deutlich, dass der Wissensstand einer Gesellschaft nur bedingt mit den von einer Scientific Community zutage geförderten Faktenlagen korrespondiert. Vielmehr ist es eine komplexe Interaktion von verfügbarem historischem Wissen mit vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Interessenlagen, die zu dominanten vergangenheitspolitischen Erzählweisen und Perspektiven führen.

Die spannende Frage lautet nun, inwieweit sich das Erinnern, inwieweit sich die vergangenheitspolitische Auseinandersetzungskultur in Österreich gegen Ende des 20. Jahrhunderts und zu Beginn des 21. Jahrhunderts verändert hat.

Wie wir gesehen haben, stellt der Verweis auf Österreich als erstes Opfer Nazideutschlands auch noch Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine diskursive Ressource dar, auf die von Seiten des politischen Establishments nur ungern verzichtet wird.

Weiters scheint die Thematisierung von Täterschaft noch immer vielfach verpönt zu sein. So weigerte sich etwa die österreichische Bundesregierung, konkret das Bildungsministerium, das Schulklassenprogramm im Rahmen der zweiten Wehrmachtsausstellung in Wien zu fördern.

Und auch dort, wo ein kritisches Bewusstsein Eingang in die politische Selbstdefinition und Kommunikation gefunden hat, gilt es vielfach Widerstände zu überwinden. Ein Beispiel hierfür ist die Aufarbeitung der Karrieren von Nationalsozialisten im Bund Sozialistischer Akademiker. Nicht nur erfolgte diese Aufarbeitung sehr spät, sondern sie hatte auch noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts gegen massive innere Widerstände im sozialistischen Akademikerbund zu kämpfen. Widerstände, die so weit gingen, dass prominente Mitglieder, wie der ehemalige Wiener Bürgermeister Gratz, die Tatsache, dass nun kritisch recherchiert und veröffentlicht wurde, zum Anlass für ihren Austritt nahmen.

Tatsache ist weiters, dass der Massenmord an den Juden und auch der Mord an Roma und Sinti bis heute eine untergeordnete Rolle im öffentlichen Bewusstsein Österreichs spielt.

Wenn wir uns die heutige politische Szenerie in Österreich anschauen, so wird klar, dass derzeit jene politischen Kräfte dominieren, die sich nur unfreiwillig oder zufällig, etwa anhand von runden Gedenkveranstaltungen, mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzen. Diese Kräfte stehen für das von mir angesprochene Erinnerungsvakuum. Sie empfinden die Beschäftigung mit der NS-Zeit als irgendwie unangenehm und lästig, sie wollen eigentlich nichts damit zu tun haben und haben wahrscheinlich nie darüber nachgedacht, warum das so ist. Und sie haben ihre Ideologen, die so genannten Schlusstrichphilosophen, die

Plädoyers für das Vergessen halten, wie beispielsweise Rudolf Burger, oder die vor dem „Diktat der Vergangenheit“ warnen, wie Konrad Paul Liessmann.

Keine Frage, man kann über produktive und kontraproduktive Formen des Aufgreifens, Studierens und Thematisierens der verbrecherischen Seiten der Vergangenheit diskutieren, aber - und das erwähnt Liessmann nur am Rande - zur gesellschaftlichen Last oder Gefahr wird eine verbrecherische Vergangenheit in der Gesellschaft der Täter in Wirklichkeit erst dort, wo sie mit der Absicht der Verhinderung von kritischem Denken und der Abwehr von Aufklärung und gesellschaftlicher Weiterentwicklung verklärt und beschönigt wird.

Angesichts der gegenwärtigen politischen Konstellation verwundert es nicht, dass das Jubiläumsjahr sich in einer Mischung aus Ignoranz, Rückschrittlichkeit und in selektiven und vor allem peinlichen Inszenierungen gegenüber der NS-Vergangenheit übt. Seien es die bereits angesprochenen Worte von Bundeskanzler Schüssel, sei es das erst kürzlich geäußerte Lob des Nationalratspräsidenten Khol für die Sammelpartei der ehemaligen Nationalsozialisten und Vorgängerpartei der FPÖ, den Verband der Unabhängigen, oder sei es das von der Bundesregierung veranlasste und vom ORF-Kulturchef Wolfgang Lorenz umgesetzte absurde Event-Vorhaben mit dem Titel „25 Peaces“. Ein Event, bei dem Bombennächte visuell und akustisch inszeniert und von McDonald's gesponsorte Care-Pakete verteilt werden sollten und bei dem weiße Kreuze als Symbol für die NS-Opfer, auch die jüdischen NS-Opfer, dienen sollten. Ein Teil dieser Event-Absurditäten wurde aufgrund kritischer Medien- und Historikerstimmen abgesagt, andere Teile wurden und werden mit Wohlwollen der politischen Spitzen umgesetzt.

In der Zeitung der Wiener Jüdischen Gemeinde ist dazu ein Artikel erschienen, der die Gedenk-Eventkultur mit Galgenhumor hinterfragt und ironische Eventvorschläge für das Jubiläumsjahr unterbreitet. Hier zwei Beispiele:

- In der ehemaligen Rennweg-Kaserne wird ein Lager für Displaced persons eingerichtet, in dem, in voraussichtlicher Ermangelung jüdischer Freiwilliger, osteuropäische Asylanten die Rolle der entwurzelten Flüchtlinge übernehmen. Als billigere Variante könnte man auch das Lager Traiskirchen entsprechend adaptieren. Für die möglichst realistische Inszenierung muss unbedingt Steven Spielberg engagiert werden.

- Wer wissen will, wie einige Juden in Wien überleben konnten, besucht am besten einen alten Kohlenkeller in einem Zinshaus der Leopoldstadt, in dem sich eine mehrköpfige Familie, von der Oma bis zum Säugling, so gut es geht mit Betten, ein paar Koffern und einem Petroleumkocher versteckt und häuslich eingerichtet hat. Zusätzliche Spannung bringen regelmäßige Razzien und Hausdurchsuchungen, für die sich locker Freiwillige aus den Reihen der Exekutive finden lassen.

Resümierend lässt sich sagen, dass das Erinnern an die NS-Zeit im diesjährigen Jubiläumsjahr unter einem sehr grundsätzlichen Problem leidet. Das Erinnern wird von Leuten initiiert, namentlich der österreichischen Bundesregierung, die sich eigentlich nicht erinnern wollen, und wird von Leuten umgesetzt, die keine Ahnung haben, wie man sinnvoll erinnern soll. Es sitzen da und dort Kinder des österreichischen Erinnerungsvakuums, die jetzt zu Produzenten eben dieses Vakuum geworden sind.

Und damit sind wir auch schon bei jenem einzigen Punkt angelangt, wo das Jubiläumsjahr nicht versagt, sondern wo es perfekt reüssiert, nämlich als Abbild eben des österreichischen Erinnerungs- und Reflexionsvakuums. Das macht dieses Jahr auch zu einem interessanten, wenn auch nachdenklich machenden Zeitdokument. Ein Zeitdokument, das es nicht zu ignorieren, sondern zu thematisieren gilt, damit wir dem Sog des Vakuums nicht freien Lauf lassen.